

FWG beklagt zu hohen Energieverbrauch

Angelika Richter fordert Maßnahmen, um Vergeudung von Heizkosten im Asylantenheim zu stoppen

Lage. Die FWG-Fraktion im Rat hat einen Antrag gestellt. Sie bittet den Bürgermeister darum, den Energieverbrauch im städtischen Asylbewerberheim an der Bredestraße zu prüfen und diesen durch adäquate Maßnahmen zu reduzieren.

Fraktionsvorsitzende Angelika Richter teilt in einem Schreiben Bürgermeister Christian Liebrecht mit, die Angehörigen ihrer Fraktion hätten während einer Besichtigung des Asylbewerberheimes feststellen müssen, dass trotz der allgemein bekannten und dringend erforderlichen Senkung des Energieverbrauches nebst Kosten dafür in diesem Gebäude bislang keinerlei Maßnahmen ergriffen worden seien, eine Reduzierung zu erreichen.

„Bei geöffneten Türen und Fenstern standen die Heizkörper in allen Bereichen auf Stu-

fe 5 und produzierten Sauna ähnliche Temperaturen, die es ermöglichten, trotz geöffneter Fenster und bei kühlen Außentemperaturen sich überall mit leichter Bekleidung und barfuß aufzuhalten“, heißt es in einem Brief der Fraktionschefin an den Bürgermeister wörtlich.

Ein sinnvolles, den Witterungsbedingungen angepasstes Heizverhalten sehe anders aus. Die Energiekosten in diesem Gebäude würden auf Grund dieses Verhaltens unnötig in die Höhe getrieben und belasteten den städtischen Haushalt in einem nicht akzeptablen Volumen, unterstreicht Angelika Richter. Während der normale Mieter oder Hausbesitzer für seinen Energieverbrauch selbst aufkommen müsse, stehe hier jedoch die Stadt in der Pflicht und müsse sämtliche Kosten übernehmen. „Da

es offensichtlich nicht möglich ist, den Bewohnern zumindest die sonst üblichen Pflichten in Bezug auf einen pfleglichen Umgang mit dem Inventar, einer angemessenen Sauberkeit



Die Tür steht offen: So entweicht wertvolle Energie. FOTO: ASBROCK

in den allgemein genutzten Räumen sowie eine angemessene Nutzung der Energien zu vermitteln oder bei ihnen einzusetzen, muss unserer Meinung nach das Gebäudemanagement hier dringend tätig werden,“ heißt es in dem Schreiben der Freien Wählergemeinschaft, das sie auch an die Presse weiterleitete.

Eine Prüfung der Möglichkeiten, inwieweit über Steuerungsmodule verhindert werden könne, mit Hilfe von städtischen Geldern die Winterluft in Lage aufzuheizen, sollte nach Meinung von Angelika Richter deshalb dringend stattfinden. Die dafür notwendigen Ausgaben für eine Umrüstung der Technik würden aus Sicht der Freien Wähler nicht mittelfristig, sondern bereits kurzfristig wieder aufzufangen sein.

L 28.7.2013